

System sind ebenso unakzeptabel wie Kombilohnmodelle oder Zahlungen unterhalb des heutigen Niveaus. Die Verteidigung erreichter sozialer Standards muss Anliegen aller sein, die Anspruch auf linke, soziale Politik erheben wollen.

Ein wichtiges Phänomen wird in der Grundeinkommensbewegung oft ausgeklammert: Der Reichtum unserer Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf der Ausbeutung des globalen Südens. Dagegen wehren sich die Menschen, nicht zuletzt auch dadurch, dass sie – legal oder nicht legal – hierher kommen. Wer Migration und Nord-Süd-Gefälle ernst nehmen und sich nicht hinter Wohlstandsmauern verschanzen will, muss ein Grundeinkommen auch realpolitisch als globales Projekt denken und mit seiner Einführung im Süden anfangen. Dies könnte zum Beispiel in der Form geschehen, wie es die Nichtregierungsorganisation FIAN mit ihrem Konzept eines „Mindesteinkommens gegen den Hunger“ vorschlägt. Es beinhaltet die Zahlung eines Geldbetrages an alle in einem Land, der ausreicht, um sich eine zweite oder dritte Mahlzeit am Tag kaufen zu können. In Tests bei mehreren Modellprojekten hat sich die umfassende Wirksamkeit solcher Programme gezeigt.

Wie die Einführung eines bge tatsächlich geschehen könnte, ist auch unter BefürworterInnen umstritten. Die Diskussion darum scheint uns in der attac-AG genug für alle manchmal müßig. Wege zum Grundeinkommen müssen ohnehin an Bestehendes anknüpfen, sie müssen vorhandene Sicherungen festhalten und verteidigen und tatsächliche Verbesserungen für die jeweils Begünstigten und aus gesamtgesellschaftlicher Sicht erreichen. Das kann nur erkämpft werden. Kämpfe aber lassen sich nicht vorhersagen, sondern entwickeln sich darin, dass man sie führt.

Kontakt zur Attac AG Genug für Alle:

Werner Rätz, werner.raetz(at)t-online.de
Brigitte Oehrlein, br.oehrlein(at)bewegungsdiskurs.de

Infos finden Sie auch auf der Homepage:
<http://www.attac-netzwerk.de/ag-genug-fuer-alle/startseite/>



Was müsste ein bedingungsloses Grundeinkommen leisten, damit es gesellschaftspolitischen Fortschritt bringt, und was kann dabei alles schiefgehen?

Das bedingungslose Grundeinkommen ist zwar keineswegs eine Forderung, die alle gesellschaftspolitischen Probleme lösen könnte. Dennoch ist darum einiges an Auseinandersetzungen nötig, weil sich sein emanzipatorisches Potenzial nur entfalten kann, wenn eine Kampagne zu seiner Durchsetzung entsprechend angelegt ist. Das ist längst nicht bei allen Vorschlägen der Fall, die sich bedingungsloses Grundeinkommen nennen.

Die Industrieländer haben Gesellschaft traditionell über die Erwerbsarbeit hergestellt und das funktioniert heute in weiten Teilen nicht mehr. Viele Millionen Menschen werden zur Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums nicht mehr gebraucht. Gesellschaftlich nützliche und notwendige Tätigkeiten werden im Kapitalismus nur dann finanziert, wenn sie entweder im Sinne der bürgerlichen Ökonomie wertschöpfend sind oder wenn die Kräfteverhältnisse es zulassen, ihre Kosten aus staatlich organisierter Umverteilung des Mehrwerts zu tragen. Deshalb kann nicht einfach sinnvolle Tätigkeit in Erwerbsarbeit verwandelt und alle auf der Basis von Vollbeschäftigung daran beteiligt werden, wie es manche Kritiker des bge vorschlagen. Die Arbeitsprozesse selbst werden immer offensichtlicher unerträglich, unsinnig, unlebbar und Erwerbsarbeit wird zur Qual, der man sich aus wirtschaftlicher Not unterwirft, die aber ungeliebt ist und eigenes Können, eigene Kreativität nicht fordert oder nicht auslastet.

In dieser Situation ist das bge ein Vorschlag, wie Gesellschaft anders als aus (Arbeits)Zwang entstehen könnte. Sein Kern ist also nicht in erster Linie die Beseitigung von Armut, sondern jeden Menschen als gleichrangiges und gleich wichtiges Glied der Gesellschaft anzuerkennen, völlig unabhängig von seiner konkreten „Nützlichkeit“. So gesehen zielt also die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen tatsächlich auf das Ganze der Gesellschaftlichkeit, auf eine andere Form der Vergesellschaftung. Die Einführung eines bge wäre nicht identisch mit der Verwirklichung einer neuen Vergesellschaftung, aber sie würde Möglichkeiten eröffnen. Eine Gesellschaft würde denkbar, die den Beitrag eines und einer Jeden zur gesellschaftlichen Produktivität anerkennt, eine Gesellschaft, die aus freier Übereinkunft der in ihr Lebenden entsteht. Wohlgermerkt, es entstände der Spielraum für eine solche Perspektive, ob und wie sie auch wirklich würde, hinge dann vom Handeln der Vielen ab.

Ein bge muss nicht, kann aber dazu führen, dass eine ganze Reihe von drängenden Fragen endlich auch real gestellt werden: Was ist das eigentlich, der gesellschaftliche Reichtum? Sind wir damit zufrieden, dass er sich in einer „ungeheuren Warensammlung“ darstellt, die wir mit ihrem eigenen Doppelgänger, dem Geld, erwerben können, um sie dann zu konsumieren, ohne jemals entschieden zu haben, dass es genau das ist, was wir tatsächlich brauchen? Hier geht es nicht zuerst um Verzicht und das so genannte einfache Leben (obwohl das auch eine Frage sein könnte), sondern darum, was denn die Dinge sind, die ein gutes Leben ausmachen. Benötigen wir Atomkraftwerke, Gentechnologie und immer mehr Agrochemie oder ganz andere Dinge? Was wollen wir überhaupt produzieren und wie wollen wir das tun?

Erst in einer Gesellschaft, in der niemand um die persönliche materielle Existenz fürchten müsste, könnten diese Fragen ernsthaft diskutiert werden. Wie soll ich mit dem VW-Arbeiter über die Notwendigkeit eines intelligenten öffentlichen Verkehrssystems reden, solange er ein Einkommen nur aus seiner Tätigkeit beim Autohersteller erzielen kann? Solange er auf diesen Arbeitsplatz zur Lebenssicherung angewiesen ist, muss er ihn auch dann verteidigen, wenn er eigentlich die negativen Folgen dessen sieht oder sehen könnte. Ökologische Probleme, Fragen globaler Bewegungsfreiheit, geschlechtsspe-

zifische Arbeitsteilung erhalten erst im Rahmen bedingungsloser materieller Absicherung eine Lösungsperspektive.

Deshalb enthält die Forderung nach einem bge letztlich die Frage, wie wir eigentlich leben und arbeiten wollen. Aber nicht jede Variante der Forderung nach einem bge stellt auch tatsächlich die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben möchten. Sie tut es nur dann, wenn wir sie auch ausdrücklich benennen.

Tatsächlich sind sich BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht einmal darüber einig, wann und in welchem Rahmen es einführbar wäre. Wie tief ein bge in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen soll, wie man glaubt, es einführen zu können, hängt ganz wesentlich damit zusammen, wie man den eigenen Ort in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen einschätzt. Wer sich in dieser Gesellschaft wohlfühlt und sich als Teil derjenigen Kräfte wahrnimmt, die durchsetzungsfähig sind und über Gestaltungsmacht verfügen, entwickelt konkrete Modelle und denkt an Gesetzesvorlagen. Auch der selbsterlebte Problemdruck kann dazu führen, dass die Anforderungen an die genaue Ausgestaltung eines bge nicht sehr hoch sind. Die Entwürdigung durch HartzIV wird als derart bedrückend erfahren, dass jede Form der Bedingungslosigkeit als Fortschritt gilt, selbst wenn sie mit weiterem Verzicht in der Höhe verbunden wäre.

Es ist also mehr als eine Einschätzungsfrage, es geht vielmehr um eine bedeutende Differenz in dem, was ein bge real sein kann, ob man eine sehr kurz- oder eher eine längerfristige Einführungsperspektive vertritt. Ein bge, das heute realisiert würde, wäre eines, das die heutigen Kräfteverhältnisse spiegelt. In attac bestimmen wir unsere Vorschläge eher als Richtungsforderungen, die es erlauben, kurzfristige Veränderungswünsche in Einzelfragen und langfristige grundsätzliche Ziele zu bündeln.

Neben der Frage des Zeithorizonts markiert auch das Verhältnis zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen einen kritischen Punkt vieler bge-Modelle. Reduzierung der gesetzlichen Rente auf ein Mindestniveau und Verlagerung weitergehender Absicherungen in ein privates kapitalgedecktes